

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Anne Helm und Niklas Schrader (LINKE)

vom 12. Oktober 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. Oktober 2020)

zum Thema:

**Extrem rechter Aufmarsch der Partei „Der Dritte Weg“ am 3. Oktober 2020 (I):
Demonstration**

und **Antwort** vom 22. Oktober 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. Okt. 2020)

Frau Abgeordnete Anne Helm (LINKE) und
Herrn Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/25217
vom 12. Oktober 2020
über Extrem rechter Aufmarsch der Partei „Der Dritte Weg“ am 3. Oktober 2020 (I):
Demonstration

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Teilnehmer*innen hatte die Demonstration der extrem rechten Kleinstpartei „Der Dritte Weg“ am 3. Oktober 2020 nach Erkenntnissen der Polizei?

Zu 1.:

In der Spitze nahmen ca. 350 Teilnehmende am Aufzug teil.

2. Welche Organisationen, Gruppierungen oder Einzelpersonen mobilisierten über welche Kanäle bzw. auf welche Art zu der Versammlung am 3. Oktober 2020? (Bitte einzeln aufschlüsseln.)

Zu 2.:

„Der III. Weg“ mobilisierte maßgeblich über seine eigene Homepage zu der Demonstration am 03. Oktober 2020. Zusätzlich wurden im Berliner Stadtgebiet Flugblätter verteilt und Aufkleber geklebt. Auch auf rechtsextremistischen Facebook-Seiten, wie beispielsweise einer „Anti-Antifa“-Gruppierung, wurde zur Teilnahme aufgerufen. In Hellersdorf wurde eine Mauer großflächig mit dem Hinweis auf die Demonstration besprüht. Diese Aktion wurde im Internet veröffentlicht. Des Weiteren erfolgte ein umfassendes Internetmonitoring im Zusammenhang mit der in Rede stehenden Versammlung. Die Mobilisierung erfolgte bundesweit über soziale Medien bzw. Netzwerke und andere Kanäle.

3. Welche strafbaren Inhalte konnte die Polizei in Bezug auf die im Vorfeld der Demonstration getätigten Aufrufe zu der extrem rechten Demonstration feststellen und welche polizeilichen Maßnahmen wurden daraufhin ergriffen? (Bitte einzeln aufschlüsseln.)

Zu 3.:

Der Polizei Berlin liegen keine Erkenntnisse über strafbare Inhalte im Zusammenhang mit der Mobilisierung zur Versammlung der Partei „Der III. Weg“ vor.

4. Welche Auflagen wurden den Anmelder*innen der Demonstration „Ein Volk will Zukunft“ in Hohenschönhausen wörtlich erteilt?

Zu 4.:

Zur Beantwortung der Frage wird der Auflagenbescheid der Versammlungsbehörde nachfolgend wiedergegeben. Dieser wurde in einem Kooperationsgespräch zwischen der Polizei Berlin und dem Versammlungsverantwortlichen vorgelegt und erläutert.

1. Die Verwendung von Fahnen - außer der Bundesflagge und den Flaggen der bestehenden deutschen Bundesländer sowie der Flagge der Europäischen Union und den Flaggen von deren Mitgliedsstaaten, deren Einsatz unbeschränkt bleibt - wird mit der Maßgabe gestattet, dass eine Fahne pro 25 Teilnehmende verwendet werden darf. Nicht mitgeführt werden dürfen Fahnen, die gesetzlich verboten sind. Mitgeführte Fahnen sind im Aufzug gleichmäßig zu verteilen.

2. Es ist die Benutzung von 1 Trommel pro 100 Teilnehmenden erlaubt, soweit die Trommler/innen nicht im Gleichschritt marschieren und die Trommeln nicht so geschlagen werden, dass ein einheitlicher Marschtakt entsteht oder den Demonstrationsteilnehmenden dadurch Kommandos gegeben werden. Das Darbieten oder Abspielen von Marschmusik für die gleichen Zwecke ist ebenfalls verboten. Untersagt ist zudem die Verwendung von Fackeln, Signalfackeln und offenem Feuer. Dies gilt nicht für die Nutzung kleiner tropfsicherer Kerzen (z. B. Grabkerzen) im Rahmen Ihres Aufzugs.

3. Untersagt wird die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen sowie das Tragen von Uniformen und Uniformteilen. Ebenfalls untersagt werden gleichartige Kleidungsstücke als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung sowie das gemeinsame Tragen von dunklen Springerstiefeln, Bomberjacken in den Farben schwarz, blau, militärgrün und dunkelrot und militärischen Kopfbedeckungen, sofern diese geeignet sind suggestiv militante Effekte in Richtung einer einschüchternden uniformen Militanz auszulösen.

4. In Versamlungsreden und Sprechchören sowie auf Transparenten unterbleiben Aussagen, die das NS-Regime, seine Organisationen und deren (auch selbst ernannten) Folgeorganisationen sowie verbotene Parteien und Vereine einschließlich deren Nachfolge- und Ersatzorganisationen glorifizieren, verharmlosen oder sonst wiederbeleben.

Untersagt werden des Weiteren Sprüche, in denen zu Gewalt gegenüber Dritten aufgerufen wird sowie das Verlesen von Namenslisten „politischer Gegner/innen“ in Verbindung mit bedrohenden und gewaltimplizierenden Zusätzen.

Gleiches gilt für Druckwerke, Transparente und musikalische Darbietungen, die bei Ihrem Aufzug Verwendung finden.

5. Für die im Aufzug mitgeführten Lautsprecherwagen wird eine Befreiung von den Vorschriften des § 21 der Straßenverkehrsordnung (StVO) zur Beförderung von Personen auf Ladeflächen von Lastkraftwagen und Anhängern erteilt, sofern diese Benutzende einer technischen Einrichtung (Lautsprecheranlage oder dergleichen) sind oder eine zwingende Funktion als Bedienpersonal zu erfüllen haben. Die Ladefläche ist seitlich mit einer zumindest provisorischen Absturzsicherung auszustatten.

Die Versammlungsteilnehmenden auf den Fahrzeugen dürfen sich nur innerhalb des gesicherten Bereiches aufhalten. Die Befreiung gilt nur während und für die Dauer

des Aufzuges und ausschließlich für Personen, die eine der vorstehend genannten Aufgaben wahrnehmen.

6. Jedes im Aufzug mitgeführte Fahrzeug bzw. jeder Fahrzeugverbund muss im Frontbereich und beidseitig an jeder Achse durch Ordner/innen gesichert werden, um so ein etwaiges Überfahren von Veranstaltungsteilnehmenden zu verhindern. Die Ordner/innen müssen wie vorstehend beschrieben gekennzeichnet sein. Für diese Ordner/innen sowie für die/den Fahrzeugführer/innen gilt absolutes Alkoholverbot.

7. Für die Umsetzung und Einhaltung der Auflagen zu 5. und 6. des Auflagenbescheides ist für jedes im Aufzug mitgeführte Fahrzeug von der/dem Veranstalter/in bzw. Leiter/in vor Beginn der Versammlung eine spezielle wagenverantwortliche Person zu bestimmen und der Polizeieinsatzleitung unter Angabe der vollständigen Personalien und des Kfz-Kennzeichens des Fahrzeuges schriftlich zu benennen.

Ohne Einsetzung und Benennung einer wagenverantwortlichen Person darf kein Fahrzeug im Aufzug mitgeführt werden.

8. Die Auflagen zu 1. bis 4. sind den Veranstaltungsteilnehmenden, die Auflagen zu 5. bis 7. den wagenverantwortlichen Personen vor Ort - wenn erforderlich auch wiederholt - bekannt zu geben.

Am Antreiteplatz wurden vier Trommeln durch Einsatzkräfte festgestellt. Bevor sich der Aufzug formierte, hielt die polizeiliche Verbindungskraft zum Veranstaltenden wiederholt Rücksprache mit dem Versammlungsleitenden und verwies darauf, dass aufgrund der Teilnehmendenzahl von zu diesem Zeitpunkt 320 Personen das Mitführen von lediglich drei Trommeln gemäß Auflagenbescheid zulässig ist. Ferner wurde dem Versammlungsleitenden mitgeteilt, dass die Trommeln nicht im gleichförmigen Marschtakt zu schlagen sind. Als sich der Aufzug in Dreierreihen formierte und sich in Bewegung setzte, wurden mitgeführte Trommeln kurzzeitig im gleichen Takt geschlagen, worauf durch die polizeiliche Verbindungskraft zum Veranstaltenden ohne zeitliche Verzögerung nochmals auf die entsprechende Auflage hingewiesen wurde. Der Versammlungsleitende entschied daraufhin lediglich eine Trommel während der gesamten Dauer der Versammlung mitzuführen.

5. Welche Verstöße gegen die erteilten Auflagen hat die Polizei registriert? (Bitte einzeln aufschlüsseln nach Zeit, Ort, Verstoß.)

Zu 5.:

Während der gesamten Dauer der Versammlung „Ein Volk will Zukunft! Heimat bewahren! Überfremdung stoppen! Kapitalismus zerschlagen!“ wurden durch die eingesetzten Einsatzkräfte keine Verstöße gegen die Auflagen festgestellt.

6. Welche Personen mit welchen jeweiligen Funktionärsaufgaben und Regionalgruppenzugehörigkeiten traten als Redner*innen auf der Demonstration von „Der Dritte Weg“ auf?

Zu 6.:

Als Redner traten Funktionäre des „III. Wegs“ aus Sachsen und Brandenburg auf, die auch im Vorfeld der Versammlung angekündigt wurden. Weitere Redner waren u. a. ein schwedischer Rechtsextremist und ein rechtsextremistischer Szeneanwalt.

7. Welche Kenntnisse hat der Senat über die Teilnahme von Funktionär*innen, Mitgliedern oder Anhänger*innen – sowohl ehemals aktiv als auch aktuell engagiert – aus folgenden Organisationen an der Demonstration des „Der Dritte Weg“ und der Demonstration „Ein Volk will Zukunft“? (Bitte einzeln aufschlüsseln nach Anzahl der Personen und Aktivität in welchen Städten bzw. Bundesländern.)
- Extrem rechte Parteien wie NPD, „Die Rechte“, „Der Dritte Weg“ oder ihre Jugendorganisationen;
 - Kameradschaftsszene;
 - „Autonome Nationalisten“;
 - die verbotene „Heimatreue Deutsche Jugend“;
 - HoGeSa („Hooligans gegen Salafismus“);
 - das „Bündnis deutscher Patrioten“;
 - der rassistische Cottbusser Verein „Zukunft Heimat“ ;
 - die Berliner Bürger*innenwehr „Schutzzone“;
 - Identitäre Bewegung;
 - Staatenlos.info;
 - Reichsbürger*innen;
 - Personen aus dem Corona-Leugner*innenspektrum „Querdenken 711“;
 - „Patriotic Opposition Europe“.
8. Welche Kenntnisse hat der Senat darüber, welche Redner*innen bei der Demonstration „Ein Volk will Zukunft“ in den folgenden Organisationen mitwirken oder in der Vergangenheit mitwirkten?
- Extrem rechte Parteien wie NPD, „Die Rechte“, „Der Dritte Weg“, oder ihre Jugendorganisationen;
 - Kameradschaftsszene;
 - „Autonome Nationalisten“;
 - Die verbotene „Heimatreue Deutsche Jugend“;
 - HoGeSa („Hooligans gegen Salafismus“) ;
 - Das „Bündnis deutscher Patrioten“;
 - Der rassistische Cottbusser Verein „Zukunft Heimat“;
 - Die Berliner Bürger*innenwehr „Schutzzone“;
 - Identitäre Bewegung;
 - Staatenlos.info;
 - Reichsbürger*innen;
 - Personen aus dem Corona-Leugner*innenspektrum „Querdenken 711“;
 - „Patriotic Opposition Europe“.

Zu 7. und 8.:

Unter den Teilnehmenden der Demonstration wurden Anhänger des „III. Wegs“ aus mehreren Bundesländern sowie der „Bruderschaft Deutschland“ aus Nordrhein-Westfalen festgestellt.

Einer der Redner ist Mitglied der NPD, war Mitglied der im Oktober 2007 verbotenen „Heimatreuen deutschen Jugend“ und davor Vorsitzender der 1994 verbotenen „Wiking-Jugend“.

9. Welche Ergebnisse brachten eventuelle Vorkontrollen am bzw. zum Antreterplatz von „Ein Volk will Zukunft“? (Bitte einzeln aufschlüsseln.)

Zu 9.:

Insgesamt kam es zu sieben verdachtsabhängigen tatsächengestützten einzelfallbezogenen Kontrollsituationen vor Versammlungsbeginn im örtlichen Umfeld der Versammlung „Ein Volk will Zukunft! Heimat bewahren! Überfremdung stoppen! Kapitalismus zerschlagen!“.

Ein zukünftiger Teilnehmender führte vor Versammlungsbeginn eine eingerollte, nicht verbotene Variante einer Flagge des Deutschen Reichs mit sich. Die Flagge wurde während der Versammlung nicht gezeigt.

Sechs Personen wurden vor Versammlungsbeginn in Folge des Nichttragens einer Mund-Nasen-Bedeckung kontrolliert. Bei drei künftigen Teilnehmenden wurden

Ermittlungsverfahren wegen des Anfangsverdacht des Gebrauches unrichtiger Gesundheitszeugnisse eingeleitet.

10. Aus welchen Gründen wurden bei den Vorkontrollen mit Kunststoff verstärkte Protektoren-Handschuhe nicht von Einsatzkräften einbehalten, sondern wurden stattdessen teilweise von den Teilnehmer*innen während der Versammlung getragen?

Zu 10.:

Durch die Einsatzkräfte wurden in räumlicher Nähe oder am Antreteplatz keine derart verstärkten Handschuhe festgestellt.

Während sich der Aufzug bewegte, wurden von Einsatzkräften vereinzelte Teilnehmende festgestellt, die schwarze Handschuhe trugen. Überprüfungen der betreffenden Teilnehmenden ergaben, dass es sich in diesen Fällen nicht um eine strafrechtlich relevante Schutzbewaffnung handelte. Am Endplatz wurde ein Versammlungsteilnehmender, der Handschuhe mit Protektoren trug festgestellt und durch Einsatzkräfte überprüft. Diesbezüglich wurde ein Verfahren aufgrund des Verdachts des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet.

11. Inwieweit kam es zur Überprüfung der getragenen Kleidung der Versammlungsteilnehmenden auf strafbaren oder die öffentliche Ordnung gefährdenden Inhalt wie z.B. das Tragen einer Oberbekleidung mit einem Ersatzsymbol des Hakenkreuzes, der so genannten „Schwarzen Sonne“?

Zu 11.:

Eine Sichtung der getragenen Bekleidung der Versammlungsteilnehmenden der Versammlung „Ein Volk will Zukunft! Heimat bewahren! Überfremdung stoppen! Kapitalismus zerschlagen!“ erfolgte fortlaufend durch die Einsatzkräfte.

Die Überprüfung eines Teilnehmenden und rechtliche Einschätzung des getragenen T-Shirts im Sinne der Fragestellung durch Einsatzkräfte des Landeskriminalamts Berlin sowie eines Vertreters der Staatsanwaltschaft Berlin begründete keinen Anfangsverdacht einer Straftat.

12. Wie viele Tätowierungen mit strafbarem Inhalt wurden im Aufzug von „Der Dritte Weg“ festgestellt und welche polizeilichen Maßnahmen wurden jeweils getroffen? (Bitte einzeln aufschlüsseln.)

Zu 12.:

Es liegen keine Erkenntnisse zu Strafanzeigen aufgrund von offen getragenen Tätowierungen im Zusammenhang mit der Versammlungen in Hohenschönhausen vor.

13. Welche Plakate und Banner wurden vor und während der Demonstration „Ein Volk will Zukunft“ von der Polizei kontrolliert und aufgrund welcher Inhalte beschlagnahmt? (Bitte einzeln aufschlüsseln.)

Zu 13.:

Die Sichtkontrolle nebst rechtlicher Würdigung aller gezeigten Plakate und Banner durch die Einsatzkräfte der Polizei Berlin führte im Ergebnis zu keinem Anfangsverdacht einer Straftat. Folglich wurden keine Plakate oder Banner beschlagnahmt.

14. Welche Kenntnisse hat der Senat über strafrechtlich relevante Parolen und Banner oder dergleichen während der Kundgebung, insbesondere hinsichtlich der Straftatbestände der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener (§ 189 StGB) und der Volksverhetzung (§ 130 StGB)? (Bitte jeweils einzeln aufschlüsseln.)

Zu 14.:

Es liegen keine Erkenntnisse zu den in der Fragestellung genannten Straftatbeständen im Zusammenhang mit der Versammlungslage in Hohenschönhausen vor.

15. Welche Kenntnisse hat der Senat bezüglich Bedrohungen oder körperlichen Übergriffen gegen Journalist*innen durch Teilnehmer*innen der Versammlung „Ein Volk will Zukunft“? (Bitte einzeln nach Delikt und Ort aufschlüsseln.)

Zu 15.:

Es ist ein Sachverhalt bekannt, bei dem ein Pressevertretender eigenen Angaben zufolge durch Teilnehmende der Versammlung „Ein Volk will Zukunft!“ angegriffen wurde. Die Ermittlungen werden in der zuständigen Fachdienststelle im Landeskriminalamt Berlin geführt.

16. Wie viele vom „Dritten Weg“ selbst erstellte und verwendete Presseausweise, die nicht identisch sind mit den bundeseinheitlichen Ausweisen, wurden ggf. von den Einsatzkräften sichergestellt?

Zu 16.:

Keine.

17. Gab es eine entsprechende Weisung, auf die nicht legitimen Presseausweise des Dritten Wegs seitens der Einsatzkräfte zu achten und wenn nein, warum nicht?

Zu 17.:

Eine Weisung gemäß der Fragestellung gab es nicht. Es ist kein Sachverhalt mit Bezug zur Versammlungslage am 3. Oktober 2020 bekannt, in dem sich mit einem „nicht legitimen Presseausweis des Dritten Weges“ ausgewiesen wurde.

18. Welche Kenntnisse hat der Senat über weitere Ausschreitungen, rechtswidrige Äußerungen oder sonstige Straftaten nach Beendigung der Demonstration von Seiten der Demonstrierenden oder Gegendemonstrant*innen? (Bitte einzeln nach Delikt, Uhrzeit, Ort und eventueller Gruppenzugehörigkeit aufschlüsseln.)

Zu 18.:

Es liegen derzeit keine Erkenntnisse zu den in der Fragestellung genannten möglichen Straftaten im Zusammenhang mit den Versammlungslagen in Hohenschönhausen vor.

19. Über wie viele Mitglieder und Sympathisant*innen verfügt der „Dritte Weg“ in Berlin laut Kenntnissen des Senats und in welchen Bezirken und Ortsteilen sieht er seine Aktionsschwerpunkte?

Zu 19.:

Das Anhänger- und Mitgliederpotenzial des „III. Wegs“ betrug im Jahr 2019 in Berlin ca. 30 Personen. Lokale Aktionsschwerpunkte des „III. Wegs“ waren in den letzten Jahren Spandau und Lichtenberg.

20. Welche Kenntnisse hat der Senat über ein In-Erscheinung-Treten von Anhänger*innen oder Funktionär*innen des „Dritten Wegs“ im Rahmen der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen am 29. August 2020 in Berlin oder darüber hinaus?

Zu 20.:

An der Demonstration gegen die Pandemie-Maßnahmen am 29. August 2020 nahmen Anhänger des „III. Wegs“ aus Berlin und anderen Bundesländern teil. Einzelne führten Schilder mit dem Logo des „III. Wegs“ mit.

21. Welche Kenntnisse hat der Senat über welche Aktionen und Aktionsformen wie Infostände, weiteres Verteilen von Infomaterialien etc. des Dritten Weges? (Bitte aufschlüsseln nach Ortsteil, Datum, Aktionsform und Teilnehmenden-Zahlen.)

22. Welche Kenntnisse hat der Senat über welche Propagandadelikte wie Aufkleber oder Graffiti des „Dritten Weges“? (Bitte aufschlüsseln nach Ortsteil, Datum und Art des Propagandadelikts.)

Zu 21. und 22.:

Neben der Versammlung am 3. Oktober 2020 hatte die Partei „Der III. Weg“ am 25. Mai 2019 im Rahmen des Europawahlkampfes einen Infostand am S-Bahnhof Köpenick in 12555 Berlin angemeldet.

Des Weiteren organisierte „Der III. Weg“ mehrere Mobilisierungsaktionen für den 3. Oktober 2020:

- 31.08.2020: Aufkleber an Briefkästen in Spandau,
- 07.09.2020: Banneraktion mit ca. 10 Teilnehmern in Lichtenberg,
- 08.09.2020: Flyerverteilung in Lichtenberg,
- 20.09.2020: Flyerverteilung in Hohenschönhausen und in Marzahn-Hellersdorf,
- 20.09.2020: Graffitiaktion in Hellersdorf mit 17 Teilnehmern,
- 26.09.2020: Flyerverteilung in Lankwitz.

Berlin, den 22. Oktober 2020

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres und Sport